



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SP/MI/271 - 24. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Die Bonner Regierung und "Radio Freies Europa"	S. 1
Zur Deportation Imre Nagys	S. 3
Heins Kühn, MdB. Begegnung mit Afghanisten	S. 4
Bemerkungen zum John-Prozess	S. 6

## Grobe Fahrlässigkeit

"... Um eine tatsächliche Grundlage für die Erörterung etwa auftretender Meinungsverschiedenheiten zu beschaffen, erklärt sich NCFE (Nationalkomitee Freies Europa) bereit, alle Fäden der von deutschen RFE-Sendestellen ausgestrahlten Programme dreissig Tage lang, vom Benutzungstage an gerechnet, aufzubewahren und sie den zuständigen deutschen Stellen auf Verlangen zur Verfügung zu stellen ..."

J.F. So heisst es in Lizenzabkommen zwischen der Bundesregierung und dem umstrittenen Sender "Radio Freies Europa" in München. Man sollte annehmen, dass sich die Bundesregierung, genauer gesagt das Auswärtige Amt, vom Tage der Lizenzerteilung an auf Grund dieser klaren Bestimmung einen ständigen Überblick über die politische Aktivität von "Radio Freies Europa" verschafft hätten. Dies umso mehr, als dem Bundeskanzler mindestens seit seiner Moskareise im September vergangenen Jahres klar sein musste, dass die Tätigkeit des Nationalkomitees und seiner Rundfunkstation, die umstrittenen Ballonsaktionen ebenso wie die Propagandasendungen in den verschiedenen Ostsprachen, in Moskau und den übrigen Hauptstädten der Ostblockstaaten aufmerksam registriert werden. Dr. Adenauer musste sich in Moskau bestätigen lassen, dass ihm die offizielle Version der Bundesregierung, "Radio Freies Europa" sei ein Privatunternehmen, für dessen Tätigkeit Bonn keine Verantwortung trägt, nicht abgenommen wird.

Ein Kanzler und ein Aussenminister, die ihre Pflichten ernstnehmen, hätten sich spätestens bei der Rückkehr aus Moskau auf die Rechte besinnen müssen, die ihnen der Lizenzvertrag mit RFE einräumt

und die laufende Anforderung der Tonbänder aus München, ihre Übersetzung und Protokollierung anordnen müssen. Seit Monaten hören wir, dass die Ostabteilung des Auswärtigen Amtes ausgebaut wird, ohne dass sich für ihre Angehörigen, mangels Beziehungen zu den Oststaaten und angesichts der fast völlig eingefrorenen Kontakte mit Moskau, eine Arbeitsmöglichkeit bietet. Das hätte näher gelegen, als diesen Stab, dem doch wohl sprachkundige Experten für alle die Ostländer, in die RFE ausstrahlt, angehören müssen, mit der Kontrolle der Sendungen<sup>zu</sup> beauftragen.

Tatsächlich ist dies nicht geschehen. Nichts erfolgte nach Adenauers Besuch in Russland und dem deutlichen Hinweis der Machthaber im Kreml. Nichts geschah in den folgenden Monaten auf Grund der verschiedenen Proteste aus Moskau und Prag. Dann kam die ungarische Tragödie. Ein Sturm empörter Vorwürfe gegen die Sendungen von RFE brach in der deutschen Öffentlichkeit los. Die schwere Anklage wurde gegen den Sender erhoben, er habe in unverantwortlicher Weise eine politische und militärische Unterstützung versprochen, die der Westen nicht geben konnte, und damit das ungarische Volk zu einer Fehleinschätzung der Realitäten verführt. "Radio Freies Europa" wies diese Beschuldigungen zurück und die Blicke richteten sich nach Bern, wo man vom Auswärtigen Amt eine objektive Auskunft über Tendenz und Inhalt der Sendungen erwartete. Eine Aufklärung, die die Bundesregierung nicht geben konnte, weil sie es fahrlässigerweise unterlassen hatte, sich zu unterrichten.

In der Pressekonferenz am Montag, dem 12. November, musste der Regierungssprecher auf die Frage, ob das Auswärtige Amt die Bänder des "Senders Freies Europa" prüfe, zugeben, dass diese Prüfung erst "seit Ende der vorigen Woche(!) in Gang gesetzt worden" sei. Und auf die weitere Frage:

"Ist es das erste Mal, dass die Bänder geprüft werden, oder geschah das früher schon?"

erfolgte die verlegene Antwort:

"Das ist etwas schwierig zu beantworten, weil ich glaube, dass allerdings schon früher ... In dieser Detailliertheit würde es, glaube ich, zum ersten Mal der gegebenen Anlass sein."

Deutlicher konnte das Eingeständnis des beschämenden Versagens der Bundesregierung nicht sein! Man gab einer Gruppe amerikanischer Privatleute, für deren politische Tätigkeit die amerikanische Regierung keine Verantwortung übernommen hat, eine Sendelizenz. Man unter-

strich die moralische Verantwortlichkeit der Bundesregierung für diese Sendungen, indem man sich das Recht zur ständigen Nachkontrolle ihrer Texte und zum Widerruf der Lizenz für den Fall sicherte, dass die Sendungen "nach Ansicht der Bundesregierung mit den grundsätzlichen Zielen ihrer Politik in Widerspruch stehen." Aber keinerlei tatsächliche Konsequenz wurde eineinhalb Jahre hindurch aus der Verantwortung gezogen, die sich für die Bundesregierung aus der Tätigkeit des Senders "Radio Freies Europa" auf deutschem Boden ergibt.

Jetzt lässt das Auswärtige Amt durch eine einzige Arbeitskraft die Bänder im Gesamtumfang von 500 Stunden Sendezeit überprüfen, die im ungarischen Programm von RFE in den letzten Wochen ausgestrahlt wurden. Eine vollständige Protokollierung und Übersetzung der Sendungen ist auch heute noch nicht beabsichtigt. Aber selbst wenn statt dieser Parodie einer Nachkontrolle eine ernsthafte Überprüfung der gelaufenen Bänder durch einen ausreichenden und kompetenten Arbeitsstab erfolgen würde, die Verhältnisse der Vergangenheit wären nicht wieder gutzumachen. Nur ein sofortiges Eingreifen des Bundestages kann wenigstens für die Zukunft neues Unheil verhüten!

+ - +

#### Gangsterakt

sp. In der dramatischen Unarndebatte der UNO bestritten der sowjetische und ungarische Vertreter leidenschaftlich den Vorwurf der Deportation ungarischer Jugendlichen in die Sowjetunion. Noch ehe das Wort auf ihren Lippen erstarb, strafte sie die Tatsachen Lügen.

Die Entführung und Deportation Imre Nagys, des derzeit wohl populärsten Politikers im leidgeprüften Ungarn durch die sowjetischen Militärbehörden ist ein ungeheuerlicher Anschlag gegen das Weltwissen, ein Rückfall in die dunkelsten Zeiten der Menschheitsgeschichte. Er wird auch nicht dadurch gemildert, dass eine westliche Regierung, die von Frankreich, vor wenigen Wochen mit der Entführung von fünf algerischen Führern das Gesetz des Dschungels ebenfalls über Völker- und Menschenrecht triumphieren liess. Menschenraub bleibt Menschenraub, und wer ihn praktiziert, stellt sich ausserhalb der gesitteten Gemeinschaft, tritt ein Urgesetz des menschlichen Zusammenlebens mit Füßen. Auf Treu und Glauben verlassenen Nagy und seine Mitarbeiter nach den ihnen feierlich gegebenen Zusagen der Kadar-Regierung das schützende Asyl in der jugoslawischen Botschaft, um dann schmählich betrogen zu werden.

Was haben die Sowjetrussen damit erreicht? Der für sie in Ungarn unbequemste Mann und sein engerer Anhang sind zwar, vorläufig wenigstens, politisch ausgeschaltet, aber dafür schlägt dem Kreml ob dieses brutalen Gangsteraktes die Empörung der Welt entgegen. Der Ruf: Wo ist Nagy, was wird mit ihm geschehen, wird nicht mehr verhallen.

+ + +

Wo Asien am asiatischsten ist

Von Heinz Kühn MdB.

Der Verfasser dieses Berichtes nahm mit einer Reihe deutscher Bundestagsabgeordneter an der Sitzung der Interparlamentarischen Union in Bangkok teil.

Die afghanische Grenze und der Khaiberpass liegen hinter uns, die pakistanische Ehreneskorte hat uns in unserem Hotel in Peshawar abgeliefert und nun können wir unsere menschliche Anatomie und unsere politischen Eindrücke ordnen. Wir, das sind der Präsident des Deutschen Bundestages, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses und der Berichterstatter. Wir haben es für wahr nicht bereut, dass wir auf dem Wege von Teheran nach Delhi die Hauptstadt Afghanistans besucht haben, und wenn wir nun nach hunderten von Kilometern, die wir in unseren Jeeps über kaum noch erkennbare Karawanenwege über 2500 Meter hohe Gebirgspässe und durch die zerrissenen Schluchten des Kabulflusses gerättert sind, die politische Bilanz unserer Begegnung mit Afghanisten ziehen, so ist dies noch vielfach aufregender als die touristischen Erinnerungen, die wir nicht missen möchten: von den Nomadenkarawanen, die auf schwankenden Kamelrücken den ganzen Hausrat, einschliesslich der auf den Höckern festgebundenen Kinder und Kühe durch beissenden Staub und glühende Sonne schleppen, über jenes Bild des fälschlich für einen deutschen Mediziner gehaltenen Bundestagspräsidenten inmitten der ihn bedrängenden Kranken im Karawanenbiwak bis zu unserem Empfang an Pakistans Grenze, wo wir, verstaubt und durcheinandergerüttelt, die afghanische Karakul-Fez auf dem Kopf, von einer geschrieelten, bis zur Vollendung gedrillten militärischen Eskorte mit preussischem Präsentiergriff empfangen wurden.

Aber, wie gesagt, es sind die politischen Eindrücke, die das Wesentliche unseres afghanischen Erlebnisses ausmachen.

Mittelalter im 20. Jahrhundert

Als unser Flugzeug der Iranian Airways auf der Hochebene von Kandahar, wo der grösste Flugplatz Zentralasiens entstehen soll, absetzte und wir uns von unseren nach Karaschi weiterfliegenden Kollegen trennten, da konnten wir noch nicht ahnen, dass uns die zweimotorige Anschlussmaschine nach Kabul geradwegs zu dem Punkt Asiens bringen würde, wo es am asiatischsten ist. Manchmal blitzen schmale Rinnen von Wasser wie Silberfäden in unsere 5000 Meter hoch fliegende Maschine hinauf; dort unten kämpften Menschen um ein paar Quadratmeter fruchtbaren Bodens, manchmal schaukeln wir nahe auf die zerklüfteten Hochebenen hinunter und erkennen die drohend mit Türmen und Mauern bewehrten Gehöfte, die wie mittelalterliche Burgen aussehen.

Wie mittelalterlich, ja vormittelalterlich das fast 2000 Meter hohe Bergland mit seinen vielleicht 12 Millionen Einwohnern noch erscheint, erlebten wir erst in der, vom alles durchdringenden Duft des Kamelöls, dem Parfum des Orients, süsslich penetrant erfüllten Atmosphäre Kabuls. Unvergesslich der Bazar, in dessen menschlichem Elendsgewühl wir uns zugleich verloren und bedrückt fühlten. Hier könnte

eine Filiasgesellschaft Dschingis-Khan-Szenen drehen, mit einer in keinem Studio erreichten Dichte des Eindrucks an grauser Abenteuerlichkeit und von unvergleichbaren Menschentypen.

Dieses Land hat sich lange bewusst von der Aussenwelt abgeschlossen, aber ebenso bewusst drängt es sich nun, oder wird vielleicht noch eher hineingezerrt in den Mittelpunkt weltpolitisch gegen-einanderlaufender Kraftlinien.

#### Herrschaft einer kleinen Oberschicht

Zwar hat man auch hier die politische Kulisse einer demokratisch-parlamentarischen Verfassung um die Bühne des sozialen Geschehens gebaut, aber ein Zweikammer-System, bestehend aus dem Shuare Milli, dem Repräsentantenhaus und dem Majlise-Ayan, dem Senat, können in einem Lande ohne Parteien und ohne Pressefreiheit, die zudem bei dem herrschenden Analphabetismus nutzlos wäre, nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um die Herrschaft einer kleinen hauchdünnen Oberschicht handelt, die allerdings beträchtliche Anstrengungen zur technischen Entwicklung des Landes macht.

Jedoch auch in diesem Lande präsentiert sich dabei die Frage, welche soziale Sprengkraft und welche politischen Konsequenzen wird die moderne Industrialisierung in dieses Land hineinwerfen? Schneller vielleicht als anderwärts in den Ländern des Vorderen Orients vermehren sich hier die industriellen Einsprengsel in der sozialen Landschaft des Feudalismus. Bald werden sich diese Mosaiksteine industrieller Unternehmen auch zu einem neuen politischen Bild des Landes zusammenfügen.

Wird es amerikanische oder russische Züge tragen? Als wir auf dem Flugplatz in Kabul landeten, stand auf der einen Seite eine USA-Maschine und bei einer Blickwendung sahen wir zwei SU-Flugzeuge, - die Visitenkarten der entscheidenden Rivalen in diesem Lande. Auf dem Technikum arbeiten afghanische Schüler mit deutschen Lehrern an deutschen Maschinen, aber sie trugen russische Overalls, die ihnen Bulganin und Chruschtschow bei ihrem Staatsbesuch in Kabul geschenkt haben, ebenso wie die 30 Autobusse, die als dezente russische Propaganda durch die von Kamelen und Eseln durchtrabten Strassen der afghanischen Hauptstadt fahren.

#### Im Seg der Sowjetunion?

Seit dem Streit zwischen Pakistan und Afghanistan wendet sich das Gesicht des von allen Meeren isolierten Gebirgslandes immer mehr zur Sowjetunion, die ihm nicht nur den Transitweg zum Schwarzen Meer eröffnet, sondern auch die Hundertmillionen-Dollaranleihe im Rahmen der insgesamt von Moskau in auswärtigen Hilfsprogrammen investierten 500 Millionen gegeben hat - ein ungewöhnlich hoher Anteil für dieses kleine weltpolitisch unbedeutende Land.

Aber ist es wirklich so unbedeutend? Darüber mussten wir nachdenken, als wir von den staubig steinigen Karawanenpfaden an der pakistanischen Ehreneskorte vorbei auf die Asphaltstrasse des mit militärischen Anlagen gespickten Khaiberpasses fuhren. Afghanistan bleibt das Operationsglacis nach Indien, nicht nur militärisch, sondern auch politisch. Und hier den Schaukasten der Koexistenz mit russischen Attraktionen zu füllen, ist für die Sowjetunion von beträchtlichem Interesse, mehr noch vielleicht für das nach Nehru kommende Indien und seine völlig ungewisse Entwicklung, als für die unmittelbare Gegenwart.

.... oder des Bewissens willen!

K.M. In Berlin lebt ein Mann namens Ense, von Beruf Arzt. Dr. Ense war der Freund eines Offiziers, der mit dem Widerstand zu tun hatte, und das war der Grund für die Gestapo, eines Tages auch Ense abzuholen.

Ense lernte verschiedene Berliner Gefängnisse kennen und wurde im Februar 1945, zu einem Zeitpunkt also, als das Grossdeutsche Reich schon wieder bedeutend kleiner war als am Anfang, mit einer Kolonne anderer Häftlinge in Marsch gesetzt.

Die Gefangenen mussten vor einem unheimlichen Haus stehen bleiben. Einer nach dem anderen wurde vor die Kellertür geführt. Sie bekamen ihren Genickschuss und stürzten in die blutige Gruft hinab.

Auch Ense stürzte hinein. Aber es zeigte sich, dass der Schuss, der ihm gegolten hatte, nicht mit der nötigen Präzision abgegeben worden war. Einige Stunden später verliess Dr. Ense diesen Keller, Überlebender einer dieser schauerlichen Szenen - von denen, die dabei waren, nicht vergessen, von denen, die es nicht hören wollen, nur ungern gehört.

Als Dr. Ense Häftling im Gefängnis an der Lehrter Strasse war, hatte er einige Freiheiten, die dem Arzt in ihm zugute kamen. Er wurde zu anderen Häftlingen geführt, die ärztliche Hilfe brauchten, etwa zu einem jungen Mann, der in seiner Zelle lag, krumm vor Schmerzen und leise vor sich hinstöhnend. Die Männer von der Gestapo hatten ihn den Rücken mit Totschlägern und mit Peitschen zerschlagen und alles fing zu eitern an.

Der junge Mann, von dem hier die Rede ist, wurde später durch die Hinrichtung erlöst. Er hiess John, - ein Bruder desjenigen John, der seit einigen Tagen in Karlsruhe vor Gericht steht.

Im Laufe des Verfahrens haben die Richter eine ganze Anzahl Zeugen gefragt, ob sie den Eindruck hätten, dass dieser Otto John, sagen wir, eine sehr betonte Antipathie gegen das System von damals an den Tag gelegt habe. Die Zeugen hatten diesen Eindruck.

Dem Hauptverfahren, das gegenwärtig läuft, ging ein Untersuchungsverfahren voraus. Es wurde von einem Herrn Dr. Weber, der dem Bundesgericht angehört, geführt. Auch über diesen Herrn Weber gibt es einiges zu berichten. Im Jahre 1946 beispielsweise hatte er über einen Gerichts-

vollzieher zu befinden, dem folgendes vorgeworfen wurde: er habe im Januar 1941 kultische Geräte einer Synagoge auf die Strasse geworfen. Die Klage ging von den "Badischen Israeliten" aus. Dr. Weber stellte damals (unter anderen) fest, die Sache könne nicht mehr verfolgt werden, da ja - genau genommen - die Religionsgemeinschaft der Juden um diese Zeit schon nicht mehr existent gewesen sei, da also, so muss wohl hinzugesetzt werden, der Tatbestand einer ungewöhnlichen Rohheit nicht gegeben sei.

Wir stellen hier nur die Tatsachen gegeneinander. Wir verzichten darauf, aus der Gegenüberstellung Schlüsse zu ziehen.

Kürzlich wurde das Wort gesprochen, es gäbe in Deutschland so etwas wie eine Minorität - die der Widerständler und Verfolgten. Mehrheit und Minderheit, so wurde gesagt, verstehen sich nicht immer. Sie reden aneinander vorbei. Die Mehrheit kann nicht immer begreifen, was die Minderheit bewegt. Sie kann im besonderen nicht begreifen, dass die Begriffe auf der anderen Seite manchmal einen ganz anderen Inhalt haben.

Man wirft John vor, er sei höchst leichtfertig gewesen, einen Mann wie Wohlgemuth aufzusuchen, von dem er doch wohl wissen musste und tatsächlich auch wusste, dass er so etwas wie ein Kommunist, wenigstens ein Salonbolschewist war. Das ist richtig. Aber auch in diesem Punkt und gerade hier sind die Erkenntnisse anzuwenden, die hier gewonnen wurden. Dieser Wohlgemuth nämlich war es, der dem Bruder Johns einmal - in einer ganz anderen Situation - das Leben gerettet hat, damals, als der junge Luftwaffenschütze John von der Front nach Haus geschickt wurde. Treue zum Bruder, Dankbarkeit gegenüber dem Retter! Wer fragt den Arzt, der einem Bruder das Leben rettete: Welcher Partei gehören Ihre Sympathien, Herr Wohlgemuth?

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Otto John hat seinen Bekannten Wohlgemuth (mit dem zusammen er damals "auf die Nazis schimpfte") nicht besucht, um mit ihm politische Gespräche zu führen. Auch hier ging es ihm darum, einem Menschen zu helfen, der sich aus eigener Kraft nicht helfen konnte.

Wohlgemuth nämlich hatte jenen Wehlisen behandelt, dessen Frau in immer neuen Briefen John um seine Mitwirkung bei der Beschaffung

eines Ättestes gebeten hätte. Wohlgenuth war es, der das gewünschte Papier ausstellen konnte, nur Wohlgenuth, Prinz Louis Ferdinand sagte bei seiner Befragung: "Jehn hat ein weiches, hilfreiches Herz".

Wer niemals einen Bruder hatte, dem sie den Rücken zerschlugen, wer niemals den Blutdunst der Gestapo-Keller kennenlernte, wer niemals auf die Flucht gehen musste, wer niemals die gelindesten Dinge zu ertragen hatte, etwa ein Verhör oder eine Hausdurchsuchung, - wie können die anderen verstehen, was nur wenige verstehen?

... dass der aus Überzeugung oder um des Glaubens oder des Gewissens willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und Staates war..."

So steht es in der Präambel eines Gesetzes, dessen Neufassung der Bundestag erst vor wenigen Monaten beschlossen hat, einstimmig beschlossen hat. Auch Präambeln sind Gesetz.

+ + +

Noch nicht gebaut - aber schon verpachtet

rd. Eines der Warnzeichen unserer Tage ist die Steigerung der Frachtraten, das ist der Preis für den Schifftransport. Innerhalb weniger Tage seit der Suez-Krise sind diese Preise um das mehrfache ihres vorherigen Standes gestiegen, und schon heute bietet man den Reedern, die Schiffe auf Stapel legen liessen, für den erst 1962 oder 1965 verfügbaren Frachtraum dieser Schiffe den heute üblichen Preis. Das bedeutet, dass die Verleiher erwarten und die Reeder hoffen, diesen Preis also noch auf Jahre hinaus aufrechterhalten zu können.

In Deutschland werden zur Zeit ein erhebliches Teil der aufgelegten Schiffe aus öffentlichen Mitteln und steuerbegünstigten Krediten gebaut, d.h. also, auf Kosten der gesamten Bevölkerung. In anderen Ländern, in denen die Reeder ihre Schiffe aus eigener Mitteln oder teuren Fremdkrediten zu finanzieren haben, erwägt man zur Zeit, die Preise für Schiffsfrachten nach oben zu binden und zum Teil sogar die Schiffe selbst für die notwendigen Transporte dieser Länder zu beschlagnahmen. Man hat hier also erkannt, dass über die Steigerung der Frachtraten erhebliche Kriegsgewinne auf Kosten der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung gemacht werden können und hält das in dieser Notzeit nicht für zulässig. Wieviel mehr hätte die Bundesrepublik Grund, die aus öffentlichen Mitteln und Opfern der Bevölkerung erstellten Schiffbauten und ihre Reeder dazu anzuhalten, in dieser Notzeit genau so zu der Bevölkerung zu stehen, wie diese zu ihnen gestanden hat - oder sie notfalls dazu zu zwingen. Wir fragen die Regierung, ob man in dieser Richtung bereits Überlegungen angestellt hat?

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler